

Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg zum Entwurf des Haushaltsplans 2016

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nun ist es doch nicht ganz so schlimm gekommen, wie befürchtet. Bei der Einbringung des Haushalts für das Jahr 2015 habe Sie, Herr Schöpgens, für das Jahr 2016 zur Erzielung des Haushaltsausgleichs noch eine deutliche Anhebung der Kreisumlage angekündigt. Ein Anstieg um nahezu weitere 10 Millionen Euro war prognostiziert. Dass der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage nun sogar leicht gesenkt werden kann, ist sicher auch der guten wirtschaftlichen Lage unseres Landes und den hierdurch gestiegenen Umlagegrundlagen zu verdanken. Und dass es nach der Entnahme aus der Ausgleichsrücklage bei einer Steigerung um lediglich 4,5 Millionen bleiben kann, ist vor allem den deutlich gestiegenen Schlüsselzuweisungen geschuldet. Die prozentuale Steigerung der Zuweisungen durch das Land liegt mit 6,3 Prozent auf die Rekordsumme von 37,2 Millionen Euro noch über dem prozentualen Anstieg der Umlagegrundlagen (4,9 Prozent). Der Politikwechsel, den das Land im Jahr 2010 einleitete, indem es die Kommunen wieder kontinuierlich und konsequent an dessen steuerlichen Mehreinnahmen beteiligt, zahlt sich somit auch für unsren Kreis aus. Gleiches gilt für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Allen Unkenrufen zum Trotz bleibt es bei dem für den kreisangehörigen und ländlichen Raum günstigen Verteilungsschlüssel nach dem Anteil der Schlüsselzuweisungen der letzten Jahre. In der Summe führt

das dazu, dass wir - was die Finanzen unseres Kreises betrifft - zuversichtlicher in die Zukunft blicken können, als dies noch vor einem Jahr der Fall war.

Insoweit ist der vorliegende Haushaltsentwurf insgesamt solide, lässt Entwicklungspotential offen und berücksichtigt die schwierige, zum Teil sehr schwierige Situation unserer Städte und Gemeinden. Deshalb stimmt die SPD-Fraktion diesem zu.

Wie wir alle wissen, dient eine Haushaltsdebatte, wie sie hier und heute geführt wird, nicht nur der Bewertung des uns vorliegenden Zahlenwerkes. Sie ist vielmehr auch Gelegenheit, die Politik des ablaufenden Jahres zu bewerten und einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Aus der Sicht der SPD-Fraktion war die Kreispolitik im Jahr 2015 von Licht und Schatten geprägt.

In der Schulpolitik des Kreises blicken wir lobend auf eine gute Entwicklung im Bereich der Förderschulen. Es gibt bereits ein gutes Angebot an inklusivem Unterricht. Aber auch die Eltern, die für ihre Kinder weiterhin ein spezielles Förderangebot wünschen, kommen zu ihrem Recht. Die Mercatorschule und die Don Bosco Schule wurden zu einer Schule zusammengeführt, die Förderschwerpunkte dieser Schule wurden erweitert und der Kreis hat die Trägerschaft dieser Schule übernommen.

Es gab noch im Frühjahr eine untragbare Situation für die betroffenen Schülerinnen und Schüler, Eltern und Schulen, die dadurch verursacht wurde, dass ein beteiligter Bürgermeister bezüglich eines zu gründenden Zweckverbandes ausgeschert war.

Die Situation hat sich nach einem Antrag der SPD-Fraktion erst durch das Eingreifen des Kreises aufgeklärt und verbessert. Herrschte noch vor den

Sommerferien große Verwirrung bei betroffenen Eltern, so besteht nun Klarheit. Dadurch sind wir im Inklusionsprozess einen guten Schritt nach vorne gegangen. Eltern können nun aus den Angeboten der sonderpädagogischen Förderung das für sie beste Angebot auswählen. Die weiteren, bereits vorher geplanten Schritte im Bereich der Förderschulen können nun – wie bereits dargestellt - weiter gegangen werden.

Besonders positiv haben wir die offene Kommunikation aller Beteiligten in der Verwaltung, im Schulausschuss, in den beiden Kommunen Gangelt und Heinsberg und in den betroffenen Schulen erlebt, so dass hier gute Entscheidungen zum Wohle der Kinder und Jugendlichen getroffen werden konnten.

Wir möchten uns bei allen Beteiligten bedanken, die diesen Prozess begleitet, unterstützt und umgesetzt haben. Es war bis hierhin sicherlich ein gutes Stück Arbeit. Und es wird auch noch ein gutes Stück Arbeit sein, wenn es in den nächsten Monaten darum gehen wird, weitere Verträge auszuhandeln, und über Gebäude, Mitarbeiter und Fahrtkosten zu sprechen.

Wir wünschen uns, dass man auf diesem eingeschlagenen guten Weg zuversichtlich weiter geht, die beteiligten Gremien frühzeitig informiert und weiterhin so offen und konstruktiv miteinander spricht.

Ein Thema, welches uns nach wie vor am Herzen liegt, ist die dauerhafte Sicherstellung einer flächendeckenden Schulsozialarbeit in unserem Kreis. Einerseits ist es sicher positiv, dass die Versorgung mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern an den kreiseigenen Schulen sichergestellt ist. Zuletzt wurde eine Stelle an der Mercator/Don Bosco-Schule bewilligt, die nach einem Beschluss des Jugendhilfeausschusses schnellstmöglich besetzt werden soll.

Wir hätten uns aber vom Kreis gewünscht, dass er sich als Moderator stärker in den Prozess eingebracht hätte, eine kreisweite Versorgung aller Schulen – unabhängig von der Trägerschaft – mit Schulsozialarbeit sicher zu stellen.

Es ist nun doch zu einer Schieflage in der Verteilung der kreisweiten Schulsozialarbeit gekommen. Kommunen, denen es finanziell gut geht, halten dieses Angebot vor, andere Kommunen stellen keine vom Land kofinanzierten zusätzlichen Schulsozialarbeiter ein.

Hier müssen vorhandene Lücken geschlossen werden. Wie ich bereits im vergangenen Jahr ausführte, geht das Fehlen von Schulsozialarbeit zu Lasten der Zukunft und trifft uns wieder in Form von Reparaturkosten im Jugendhilfeetat. Wenn wir auf diesen Bereich schauen wird deutlich, welche Kosten der Kreis bereits jetzt für Maßnahmen der Jugendhilfe zu tragen hat.

Den Jugendhilfeetat betrifft auch mein nächstes Thema. Die ausschließlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion beschlossene drastische Erhöhung der Kindergartengebühren um 11 Prozent kurz vor Beginn des eines neuen Kindergartenjahres halten wir weiterhin nicht nur für sozialunverträglich. Wie die Proteste aus der Elternschaft, die auch unsere Fraktion erreicht haben, zeigen, führt ein solches Verhalten auch zu Politikverdrossenheit. Schließlich haben die Eltern Ihre Kinder noch unter ganz anderen Bedingungen angemeldet. Der sprichwörtliche „ehrliche Kaufmann“ hätte sich ein solches Gebaren nicht erlauben können. Der Vorschlag, die Anhebung der Beträge bis zum Jahr 2020 zu strecken umso zu einer mäßigen jährlichen Anhebung zu kommen, wurde von der CDU-Fraktion und damit mehrheitlich abgelehnt.

Mit Blick auf den gesamten Jugendhilfeetat und den dort erneut festzustellenden Kostensteigerungen benötigen wir überzeugende Konzepte für präventive Maßnahmen – beispielsweise in Form von Familienhelfern, um bei der Bewältigung anfallender Probleme bereits im Ansatz zu helfen. Wie schon bei der Schulsozialarbeit muss in allen Bereichen der Jugendhilfe der Grundsatz gelten: Prävention geht vor Reparaturarbeit. Wir sind sicher: letztlich zahlen sich Präventionsmaßnahmen – auch wenn sie zunächst natürlich Geld kosten – aus.

Prävention beginnt früh, also bereits bei der U3-Betreuung. Wir haben

Verständnis dafür, dass der Kreis die zugesagten Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz hier nutzen möchte, gerade weil dies die Jugendamtsumlage entlastet. Wir müssen aber darauf achten, dass es hierdurch nicht zu einer unangemessenen Verzögerung beim Ausbau der U3-Plätze kommt.

Hervorheben möchte ich die Arbeit im Gesundheitsbereich. Hier nimmt unser Kreis landesweit einen der vordersten Plätze ein. Unser ausdrücklicher Dank gilt hierbei Herrn Dr. Feldhoff für seine hervorragende Arbeit. Beispielhaft für die gute Arbeit in diesem Bereich ist die Einführung der Vorsorgemappe zu nennen, die überall im Kreis kostenlos erhältlich ist. Sie bringt allen Beteiligten und vor allem den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in Notsituationen mehr Rechtssicherheit und die Gewissheit, dass in seinem Interesse gehandelt wird. Wir hoffen, dass die Mappe großen Anklang finden wird.

Das kreisweite Sozialraum-Monitoring, das als Grundstein zukünftiger Gestaltungen und Versorgungsgrundlagen in kleinräumigen Bereichen dient, sehen wir ebenfalls als besonders positiv an. Wir hoffen dass dies perspektivisch auch, wie von uns schon seit Jahren gefordert, zu weiteren Pflegestützpunkten im Kreis und somit zu einer ortsnahen Beratungsstruktur innerhalb der Kommunen führt.

Beim Rettungsdienst hat sich die Kreisträgerschaft inzwischen positiv auf die Arbeit dessen ausgewirkt. Dies hat uns der Geschäftsführer des Rettungsdienstes, Herr Rademacher, und sein Team – das hervorragende Arbeit für die Menschen im Kreis Heinsberg leistet – bei einem Besuchstermin bestätigt. Klar ist aber auch, dass die Ausrüstung in der Leitstelle und der Rettungswache nicht mehr auf dem neuesten Stand der Technik ist. Bei diesem wichtigen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss dringend nachgebessert werden, um einen hohen Standard bei der Rettung

und der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr sicherzustellen.

Gut aufgestellt ist auch unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Wir sind sicher, dass diese ihre hervorragende Arbeit nicht nur fortsetzt. Wir erhoffen uns von dem neuen Geschäftsführer weitere Impulse für die Wirtschaft unseres Kreises. Gleiches gilt auch für den Heinsberger Tourist-Service. In diesen und in anderen Bereichen sind wir aber auch auf die Kooperation mit den Nachbar-Gebietskörperschaften angewiesen. Dies gilt insbesondere für das Erreichen einer guten Förderkulisse. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zur Zusammenarbeit im Zweckverband Region Aachen, der, damit er weiterhin gute Arbeit leisten kann, auch angemessen ausgestattet sein muss. Wir begrüßen es daher, dass der Haushaltsentwurf hierfür entsprechende Mittel bereithält.

Nach so viel Lob komme ich nun zu einigen kritischen Punkten: Das Begas-Haus ist das Highlight in der Museumslandschaft des Kreises Heinsberg und weit über die Grenzen des Kreises bekannt. Umso erschrockener waren wir, als wir von der wirtschaftlichen Situation des Trägervereins erfuhren. Ich möchte die in den vergangenen Wochen hierüber geführte Diskussion an dieser Stelle nicht wiederholen. Eines ist jedoch klar: Die Verantwortlichen im Vorstand des Trägervereins sind in Bezug auf rechtzeitige Information und Transparenz unseren Ansprüchen nicht gerecht geworden. Es bleibt zu wünschen, dass auf der Grundlage des Beschlusses der letzten Kreistagssitzung das zu deckende Defizit noch reduziert werden kann, vor allem aber dass die in Bezug auf gewährte Darlehen und Zuschüsse immer noch nicht restlos geklärten Fragen beantwortet werden und der Trägerverein zu einer der Aufgabe angemessenen und transparenten Wirtschaftsplanung findet. Gelingt dies nicht, würde sich die Frage stellen, ob die beschlossene und von uns bislang auch mitgetragene vereinsrechtliche Trägerkonstruktion tatsächlich die richtige ist.

Der Streit zwischen Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch und Landrat Stephan Pusch wegen der Wasserversorgung in Übach-Palenberg ist nicht zum Wohle des Kreises. Es ist schon bemerkenswert und in der Geschichte unseres Kreises beispiellos, wie ein Landrat und ein Bürgermeister, die zudem der gleichen Partei angehören, öffentlich miteinander umgehen, sich beschimpfen und der Lüge bezichtigen. Es gab im Kreis Heinsberg Zeiten, da wäre die Angelegenheit mit einem sprichwörtlichen „Gespräch unter Männern“ geräuschlos und zum Wohle aller geregelt worden. Diese Zeiten scheinen leider vorbei zu sein. Wir appellieren an beide Protagonisten ihren Streit zu beenden und zu einer sachlichen Problemlösung zu kommen.

Bis Ende des Jahres 2017 soll die Mitarbeiterkapazität des Kreises – auf der Grundlage des Personalbestandes Ende 2012 – um mindestens 5 Prozent reduziert werden. So der Beschluss des Kreistages auf der Grundlage eines Antrages von CDU und FDP. In dieser und mindestens auch in den nächsten beiden Haushaltsberatungen werden wir uns also bezogen auf den Personalhaushalt auch mit dieser Frage zu befassen haben. Nachdem die Zahl der Stellen bereits in den Haushalten für die Jahre 2013, 2014 und 2015 nicht gesunken, sondern gestiegen ist, waren wir nicht überrascht, dass sich diese Tendenz auch im Haushalt für das kommende Jahr fortsetzt. Die Zahl der Stellen bei den Beamten und Tarifbeschäftigten steigt erneut, zudem ist im Jahr 2015 auch die Zahl der tatsächlich Beschäftigten gestiegen. Für all das gibt es gute Gründe. Die hauptsächlichen Zuwachsbereiche haben Sie, Herr Schöpgens, bei der Haushaltseinbringung genannt: Jobcenter, Rettungsdienst und Schulsozialarbeit. Zum Teil sind die Stellen auch refinanziert. Wie auch immer: wir kritisieren das nicht. Personalwirtschaft muss sparsam, aber auch verantwortungsvoll sein. Von dem Schlagwort „schlanker Staat“ haben wir nie viel gehalten. Für die Aufgaben, die vor uns liegen, brauchen wir einen leistungsfähigen Staat, und dazu gehören auch leistungsfähige Kommunen. Das alles zeigt: der Beschluss aus dem Jahr

2012 muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Der Personalbedarf muss der Aufgabendefinition folgen, nicht umgekehrt. Das heißt: die Festlegung des Personalbedarfs muss Teil und Ergebnis eines Controlling-Prozesses sein und kann diesem somit nicht vorangestellt werden.

Was ein öffentlicher Dienst mit qualifiziertem Personal zu leisten im Stande ist, hat unsere Kreisverwaltung in den vergangenen Wochen bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation gezeigt. Im Verbund mit vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ist der Kreis dieser Herausforderung gerecht geworden. Unter nicht einfachen Bedingungen, insbesondere was die sich immer wieder ändernden zeitlichen Abläufe anbelangt, hat unser Kreis und haben unsere Kommunen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, helfen und eine erste Unterkunft beschaffen können. Dank gilt nicht nur den Helfern, sondern auch denjenigen, die vorübergehend Einschränkungen in Kauf nehmen mussten, weil z. B. eine Sporthalle nicht dem eigentlich zgedachten Zweck genutzt werden konnte. Trotz aller Probleme, die mit der Situation verbunden sind, scheint die Saat des Hasses in unserem Kreis nur wenig auf fruchtbaren Boden zu fallen. Es gibt deutlich mehr Menschen, die Helfen und sich für Geflohene engagieren. Die Situation wird uns, aber auch den Flüchtlingen, im notwendigen Integrationsprozess noch einiges abverlangen. Wir setzen dabei auch auf die Verlässlichkeit des Landes, was dessen zugesagte Kostenerstattung anbelangt.

Ich möchte nun die Gelegenheit nutzen, auf zwei Themen hinzuweisen, bei denen die SPD-Fraktion im kommenden Jahr Schwerpunkte setzen möchte. Wir halten es auch in der Kreispolitik für nicht ausreichend, nur reaktiv zu handeln. Politik hat die Aufgabe, zu gestalten und die Lebenswirklichkeit von Menschen zu verbessern.

Das eine Thema ist die Wohnungsbaupolitik. Die Attraktivität einer Region

macht sich auch daran fest, in welchem Umfang preiswerter Wohnraum zur Verfügung steht. Ausweislich des Wohnungsmarktreports 2014 der Landesentwicklungsgesellschaft hat der Kreis Heinsberg eine der höchsten Wohnkostenquoten in Nordrhein-Westfalen. In Deutschland gibt es etwa 740 kommunale und öffentliche Wohnungsunternehmen. Auch viele Kreise sind als Gesellschafter an solchen Wohnungsunternehmen beteiligt. Wir möchten, dass sich der Kreis mit der Wohnungsmarktsituation befasst und prüft, welche Gestaltungsmöglichkeiten es zu deren Verbesserung gibt.

Zudem werden wir das Thema des Verbraucherschutzes und der Verbraucherberatung erneut aufgreifen. Zur Erinnerung: der Kreis Heinsberg gehört zu den wenigen Kreisen in Nordrhein-Westfalen, in denen die Bürgerinnen und Bürger keine Beratungsstelle haben. Vor einem Jahr wiesen Sie, Herr Landrat, unseren Vorstoß auf Einrichtung einer Beratungsstelle mit dem Argument zurück, die Vereinbarung zur Kofinanzierung von Beratungsstellen zwischen der Verbraucherschutzzentrale und dem Land laufe 2016 aus und eine weitere Förderung sei nicht absehbar. Ich habe gute Nachrichten: Vor knapp zwei Monaten unterzeichneten die Verbraucherschutzzentrale NRW und Verbraucherschutzminister Rempel eine neue Fördervereinbarung bis zum Jahr 2020. Die Vereinbarung sieht sogar eine Unterstützung von jährlich 14 Mio. Euro statt bislang 12 Mio. Euro vor. Für die Mitfinanzierung eines Ausbaus des Angebotes, also der Einrichtung neuer Beratungsstellen, ist eine Einzelfallprüfung vorgesehen. Die laufenden Kosten werden zu 50 Prozent co-finanziert. Wir werden beantragen, jetzt endlich einzusteigen und die erforderlichen Gespräche mit Verbraucherschutz NRW und dem Land zu führen. Es muss Schluss sein damit, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher im Kreis Heinsberg schlechter gestellt werden als in den kreisfreien Städten und fast allen Landkreisen.

Der Haushalt des Kreises ist die Grundlage für das, was wir planen und

gestalten. Wir hängen aber immer auch von Ereignissen ab, die wir nur wenig beeinflussen können. Aber auch geringe Einflussmöglichkeiten sollten wir nutzen, insbesondere dann wenn es gilt, eine unmittelbare Gefahr von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kreises abzuwenden. Dass in unserer unmittelbaren Nähe beschädigte Atomreaktoren erneut ans Netz gegangen sind, hat zur Recht Protest bei der Bevölkerung und den Kommunalparlamenten in der Region hervorgerufen. Zur Ehrenrettung der Kommunalpolitik von CDU und FDP: nahezu überall wurden Resolutionen in Räten und Kreistagen von diesen mitgetragen, zum Teil sogar initiiert. Auch in unserem Kreis haben Räte entsprechende Resolutionen verabschiedet. Hauptverwaltungsbeamte, die der CDU angehören, haben sich zum Teil sogar an die Spitze des Protestes gesetzt. Abgeordnete und Parteikonferenzen von CDU haben sich eindeutig positioniert. Städtereion und Stadt Aachen erwäge eine Klage. Die bisherige Meinung von CDU und FDP in diesem Hause, dies sei keine Kreisangelegenheit, ist also einigermaßen exklusiv. Wir werden über das Thema ja gleich noch diskutieren. Ich möchte Sie aber jetzt schon auffordern: Nutzen Sie die zweite Chance. Nehmen Sie die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst und sorgen Sie mit dafür, dass diese in einem breit getragenen Kreistagsbeschluss ihren Ausdruck finden.

Diese Haushaltsrede kann natürlich nicht enden, ohne etwas zu unserem scheidenden Kämmerer zu sagen. Herr Schöpgens, Sie haben bei der Haushaltseinbringung den Vergleich zum Jahr Ihres Amtsantrittes 1998 gezogen und als eine der Veränderungen festgestellt, dass Ihre Haare im Gegensatz zu heute damals noch schwarz gewesen seien. Der Zahn der Zeit nagt an uns allen, deshalb hält sich unser Bedauern in diesem Punkt auch in Grenzen. Viel wichtiger ist aus der Sicht eines Kreispolitikers ja auch, dass Ihre Zahlen schwarz geblieben sind. Ich gehöre diesem Haus seit 1994 an, habe also ausnahmslos alle Ihre Haushalte mitberaten und mitentschieden.

Meistens, so wie auch heute, aber nicht immer konnte die SPD-Fraktion Ihrem Entwurf zustimmen. Aber gleich ob Zustimmung oder Ablehnung, immer waren die gemeinsamen Beratungen von Fairness und gegenseitigem Respekt geprägt. Dafür möchte ich Ihnen im Namen meiner Fraktion herzlich danken. Freuen würde ich mich, wenn wir uns auch nach Ihrem Ruhestand in wenigen Wochen bei der einen oder anderen Gelegenheit begegneten. In jedem Fall wünsche ich Ihnen für die Zukunft alles Gute und, in Anlehnung an die bergmännische Tradition, die unseren Kreis ja auch geprägt hat, ein herzliches „Glückauf“.

Ein herzliches Dankeschön sage ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns hier in diesem Saal, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung, ein frohes Fest und für das neue Jahr Glück, persönlichen Erfolg und vor allem Gesundheit.